

Beschluss des Vorstands der DIG Bremen/Unterweser e.V. Im September 2017

**Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag, dass sie sich für eine Politik der Bundesregierung gegenüber dem Judentum in Deutschland und Israel nach folgenden Grundsätzen einsetzen:**

Einsatz in Wort und Tat für die Fortsetzung des besonderen Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel – aus historischer Verantwortung ebenso wie aus der Erkenntnis, dass unsere Gesellschaften auf den gleichen Werten beruhen. Das bedeutet auch ein Eintreten für eine Lösung im Nahen Osten, die Juden und Arabern das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit zuerkennt und dabei die berechtigten Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt.

Die Bundesregierung muss die Zuwendungen Deutschlands an die PA strikt kontrollieren und an die Bedingung knüpfen, dass die PA nicht weiter Straftäter und ihre Familien mit hohen Summen unterstützt und im Schulwesen nicht weiter zu Hass und Aggression erzogen wird.

Einsatz Deutschlands gegen den Missbrauch der UN und ihrer Unterorganisationen wie z.B. der UNESCO, deren Mehrheiten gegenwärtig einseitig und mit doppeltem Standard Israel anklagen und die jüdische Geschichte, etwa in Jerusalem und Hebron, in absurder Weise verleugnen.

Einrichtung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes, das den Austausch von Jugendlichen beider Länder auf breiter und verlässlicher Basis organisieren und unterstützen kann.

Der Antisemitismus, auch in neuen, auf Israel bezogenen Formen, muss ernst genommen und daher u.a. die zentralen Forderungen des „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ von 2017 umgesetzt werden: Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten beim Bundeskanzleramt; Einrichtung einer ständigen Bund-Länder-Kommission; konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten; verstärkte und dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention, vor allem im pädagogischen Bereich; Forschung über gegenwartsbezogene Formen des Antisemitismus unter Einbeziehung der Perspektiven der jüdischen Bevölkerung.

Der Bundestag sollte dem Beispiel des Europäischen Parlaments folgen und die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) annehmen und anwenden.

Klare und deutliche Abwehr aller Versuche, Israel mit einem Boykott von Waren, Investitionen sowie kulturellem und wissenschaftlichem Austausch zu überziehen – das gilt besonders für die sogenannte „BDS“-Bewegung.

Unsere Verantwortung gegenüber den in Deutschland lebenden Juden muss ernst genommen werden; sie müssen geschützt und ihre Religion, Kultur und Einrichtungen gefördert werden. Dazu gehört auch der soziale Schutz – so muss die Diskriminierung der jüdischen Zuwanderer gegenüber „Auslandsdeutschen“ in Rentenfragen beendet werden.